



## NVS-„Einigung“ und BAV-Kürzung oder: Wie man das „dicke Ende“ in die Zukunft verschieben will

### Die Unvollendete – worüber besteht beim NVS „Einigung“ ?

Um es gleich vorweg festzuhalten: Es hat einen nicht zu übersehenden Rückzug des Arbeitgebers gegeben bei seinem Versuch, in den unteren Gehaltsgruppen bis hin zu den Verwaltungsangestellten Lohndumping durchzusetzen. Dies ist nach übereinstimmender Einschätzung sowohl des GBR-Vorsitzenden als auch des VGB vor allem darauf zurückzuführen, dass eine stattliche Anzahl von KollegInnen am 24. Juli 2007 vor dem Verhandlungslokal in der Berliner Glinkastraße unüberseh- und unüberhörbar **öffentlich protestiert** hatten. Auch die Drohung der GBR-Spitze gegenüber dem Arbeitgeber, wenn sich hier nichts bewege, müsse man über eine - eigentlich nicht gewollte – „Verbandslösung“ (sprich **Tarifverhandlungen** statt kollektiver Bettelei im Betriebsbündnis) nachdenken, blieb nicht ohne Wirkung. Gut für den GBR, dass er mit dem bösen VGB drohen kann...

Allerdings: Die im gemeinsamen Info von Personalressort und Gesamtbetriebsrat am 8.8.07 verkündete „Einigung“ erweist sich bei genauerem Hinsehen als **mehr als fragil**. Zwar einigte man sich auf 10 Entgeltgruppen nebst Eingangs- bzw. Erfahrungsstufen und den dazugehörigen € Beträgen. „Von Nachfragen zu den verwendeten (Ober)begriffen bitten wir im Moment abzusehen, da wir noch dabei sind, diese qualitativ und trennscharf gegeneinander abgrenzbar zu präzisieren“ bitten die Verhandlungsteams und geben damit zu, dass noch überhaupt nicht klar ist, welche Tätigkeitsbereiche zukünftig welcher Entgeltgruppe zugeordnet werden. **Es ist also** – außer dem groben Rahmen - **noch nicht verbindlich geklärt, wer in welcher Entgeltgruppe landen wird**. Das jedoch ist das für die/den einzelnen Beschäftigte/n entscheidende. Wozu also dient die Veröffentlichung der 10 Entgeltgruppen und der € Beträge ? Mit Speck fängt man Mäuse, und mit scheinbar guten Nachrichten **beruhigt** man manch schlichtes Gemüt...

**Beunruhigend** sind da schon eher Nachrichten, die uns aus GBR-Kreisen erreichten:

Ein Kollege teilte dem GBR-Büro am 21.8.07 mit sofortiger Wirkung seinen **Rücktritt als Sachverständiger** der AG NVS sowie den **Verzicht auf die entsprechende 0,5 Freistellung** mit. Könnte dies damit zusammenhängen, dass dieser Sachverständige verstanden hat, welche gefährliche Entwicklung die NVS-Verhandlungen genommen haben ?

Wäre es nicht jetzt an der Zeit, dass der GBR umgehend allen Betriebsräten **sämtliche** bei ihm eingegangenen Stellungnahmen zu dem am 8.8.07 publizierten Verhandlungsergebnis zugänglich macht? Und zwar gleichgültig ob es sich, seiner Vorgabe folgend, nur um redaktionelle oder auch um substantielle Änderungsvorschläge handelt ? Was spricht dagegen, diese Stellungnahmen auf den Intranet-

Seiten des GBR für die Belegschaft zugänglich zu machen? Es gibt doch eine stattliche Anzahl von Beschäftigten, die sich auch für die Details, z.B. in der sehr differenzierten Stellungnahme des BR ver.di Nord interessieren. Und schließlich könnte es ja sein, dass, falls es in den „Redaktions“verhandlungen nicht zusammenläuft, man gerade auch an der GBR-Spitze auf **gut informierte** und gerade **deshalb aktionsbereite** Kolleginnen und Kollegen angewiesen ist...

### Das Diktat – BAV-Kürzung juristisch mildern ?

Wie bei der kollektiven Bettelei in ver.di's Betriebsbündnis die berechtigten Interessen der Beschäftigten massiv unter die Räder kommen, kann man leider am Beispiel der drastischen Kürzung der betrieblichen Altersversorgung sehen. Mehrere wirklich weit entgegenkommende Vorschläge des GBR, die für ver.di durchaus wirtschaftlich zu verkraften gewesen wären, hat der Arbeitgeber ver.di brüsk abgewiesen. Er kann nun, nachdem die von ihm selber angerufene Einigungsstelle sich auf seinen Antrag hin mit der Stimme ihres Vorsitzenden für unzuständig erklärt hat, im Prinzip seine vor knapp einem Jahr verkündeten Pläne durchsetzen. Außer einer kaum vor Ablauf von 2 Jahren zu erwartenden rechtskräftigen Entscheidung eines zuständigen Arbeitsgerichts können ihn jetzt nur noch massive Protestaktionen der ver.di-Belegschaft daran hindern, sein rabiaten Kürzungs-Diktat durchzusetzen.

„Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin!“ schallte es im Oktober 2006 aus manch regionaler ver.di-Betriebsversammlung, und einige der ver.di-Obersten wurden dort ausgepöfeln. Schließlich sah sich der Vorsitzende gezwungen, durch eine vollmundige Entschuldigung vor der Betriebsräteversammlung in Hannover den Dampf aus dem Kessel zu lassen:

„Das Thema betriebliche Altersversorgung (BAV) ist immer sehr sensibel; jeder Zeitpunkt, die BAV zu vermindern ist immer ungünstig. Aber man kann das erforderliche Korrigieren vom Verfahren her schlecht machen oder ganz schlecht machen. Wir haben uns für letzteres entschieden. Ich entschuldige mich für dieses Vorgehen und die Situation, die dadurch entstanden ist. Wir haben absoluten Anlass zu selbstkritischem Überdenken des im Beirat und Bundesvorstand einstimmig so beschlossenen Vorgehens“ erklärte der Vorsitzende **Frank Bsirske** am 8.11.2006. Und die Rechnung ging prima auf: Kaum hatten Frank Bsirske und Isolde Kunkel-Weber sich entschuldigt, gab es genügend dankbare Betriebsräte, die an der Atomisierung des Protests – sei es nun bewusst oder unbewusst – durch dessen primäre Kanalisierung in rechtlichen Auseinandersetzungen objektiv mitwirkten. Und die jetzt „pragmatisch“ feststellen, aus diesem Thema sei die Luft raus.